

## Antrag Nr. 2

der Fraktion LINKS Wien  
an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 13. November 2024

### **Gegen eine reaktionäre und transfeindliche Definition des Geschlechtsbegriffs durch die kommende Regierung**

#### **Begründung:**

Am 29. September 2024 haben bei der Nationalratswahl zwei Parteien als stimmenstärkste abgeschnitten, bei denen sowohl inhaltliche Positionierung als auch die im Wahlkampf vermittelten Botschaften inter\*- bzw. transfeindlich sind. Sie sind also geeignet, Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen, deren Geschlecht nicht dem bei der Geburt festgestellten Geschlecht entspricht bzw. deren Geschlecht nicht oder nicht ausreichend mit einem der Begriffe „männlich“ oder „weiblich“ bezeichnet werden kann. Beide Anwärter auf den Kanzler\*innensessel- sowohl Karl Nehammer als auch Herbert Kickl - haben im vergangenen Jahr betont, dass es ihrer Ansicht nur zwei Geschlechter gäbe und dass diese Geschlechter biologisch zu determinieren seien. Diese Standpunkte scheinen auch Parteilinie zu sein, allerdings gab es bereits vor fünfzehn Jahren Urteile des Verfassungsgerichtshofs, die der biologischen Determinierung von Geschlechtern widersprechen.

Sowohl Nehammer als auch Kickl widersprechen damit aber vor allen Dingen einem Erlass, den sie als Innenminister selbst verabschiedet haben. Mit diesen Erlässen wurde versucht, ein entsprechendes Urteil des Verfassungsgerichtshofs zu beugen, dem zu Folge es in Österreich möglich sein muss, ein anderes, oder kein Geschlecht als männlich oder weiblich im Personenstand zu führen, wenn eine der Bezeichnungen männlich bzw weiblich nicht oder nicht vollständig auf die betroffenen Personen zutrifft.

*Das Urteil G 77/2018-9 \* führt unter Punkt 3 „die (einhellige) Stellungnahme der (österreichischen) Bioethikkommission (Bioethikkommission beim Bundeskanzleramt)“ zu „Intersexualität und Transidentität, 28.11.2017“\*\* und die dort genannte Literatur als ausreichende Begründung an, um festzustellen, dass „die Geschlechtsentwicklung mancher Menschen gegenüber einer männlichen oder weiblichen Geschlechtsentwicklung Varianten aufweist“.*

*In dieser Stellungnahme beschreibt die Kommission sieben Aspekte der Differenzierung zwischen als »männlich« und als »weiblich« bezeichneten Individuen . Es handelt sich dabei sowohl um körperliche als auch um soziale und psychische Aspekte. Des weiteren wird in der Stellungnahme darauf verwiesen, dass sich erst „seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts ein Bild strenger Bipolarität“ verbreitet hat, „das die übereinstimmende Ausrichtung aller sieben Ebenen als entweder »männlich« oder »weiblich« zum alleingültigen Ideal und jede Abweichung davon als deviant und unerwünscht erklärt hat.“ Bis heute gingen in westlichen Gesellschaften viele Rechtsnormen und soziale Institutionen von strenger Bipolarität aus.*

ÖVP und FPÖ widersprechen in ihrer Positionierung daher den Empfehlungen des Verfassungsgerichtshofs und den Erkenntnissen der Bioethikkommission des Bundeskanzleramts 2017.

\*) [https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:33e9da27-f94c-4029-9541-070c9d2b64ff/Intersexualitaet%20und%20Transidentitaet\\_BF.pdf](https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:33e9da27-f94c-4029-9541-070c9d2b64ff/Intersexualitaet%20und%20Transidentitaet_BF.pdf)

\*\*) [https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:33e9da27-f94c-4029-9541-070c9d2b64ff/Intersexualitaet%20und%20Transidentitaet\\_BF.pdf](https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:33e9da27-f94c-4029-9541-070c9d2b64ff/Intersexualitaet%20und%20Transidentitaet_BF.pdf)

**Forderung:**

Die Arbeiterkammer Wien fordert daher die künftige Regierung – und insbesondere die zukünftigen Innenminister\*innen – bereits jetzt dazu auf, in der nächsten Regierungsperiode die Rechte von Personen wahrzunehmen, deren Geschlecht nicht bzw nicht vollständig mit einer der Bezeichnungen männlich bzw weiblich erfolgen kann.

Des Weiteren fordern wir, dass die Rechte dieser Personengruppen, ebenso wie die Rechte anderer Minderheiten, von der kommenden Regierung verbessert und nicht verschlechtert werden.

Insbesondere inter\* Personen, nichtbinären Personen und Personen, für die keine Geschlechtsbezeichnung zutreffend ist (agender), wird es immens erschwert, sich aufrichtig und selbstbestimmt im Alltag zu bewegen, wenn die in Frage Stellung ihres Geschlechts, ihres Namens, ihrer Anrede und Pronomen ein ständig angefochtenes Politikum und damit Thema für hetzerische Wahlkämpfe und aggressive Debatten am Mittagstisch unserer Arbeitsplätze bleibt.

Die kommende Regierung muss Maßnahmen und Förderungen umsetzen, die die Wahrnehmung von trans, inter\* und nichtbinären Personen erhöhen und die zu einer Aufklärung der Arbeiter\*innen von Wien führt, mit welchen Herausforderungen diese Personengruppen im Arbeitsalltag zu kämpfen haben und wie den Herausforderungen gemeinsam beizukommen ist.

Wir fordern die kommende Regierung auf, alle Maßnahmen zu unterlassen, die das Gegenteil zur Folge haben (zB Desinformation und Kampf gegen genderinklusive Schreibweise und dergleichen)

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------